



Foto: fotolia/Oliver Boehmer

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 23. September 2013

68. Jahrgang/Nr. 222 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Rot-grüne Pleite

Von Wolfgang Hübner

Diese Bundestagswahl hat bewiesen, was längst absehbar war: Rot-Grün ist in seiner jetzigen Verfassung weit davon entfernt, das System Merkel zu gefährden. Bis zum Schluss halluzinierten die Gabriels und Trittins eine eigene Mehrheit – das Ergebnis ist miserabel.

Offenbar haben SPD und Grüne das Diktum Gerhard Schröders tief verinnerlicht, der 1998 nach seinem Sieg über Helmut Kohl nicht alles anders, aber vieles besser machen wollte. Nicht alles anders: Genau so sah der Wahlkampf vor allem der SPD aus – eine Bewerbung für die Große Koalition. Wo ist das politische Projekt, mit dem Rot-Grün die Kanzlerin in Verlegenheit gebracht und die Wähler für den politischen Wechsel begeistert hätte? Wo ist der Wille, etwas grundlegend zu ändern in der Gesellschaft? Und wo war das Bemühen, eine tragfähige Konstellation für eine Zeit nach Merkel vorzubereiten? Wer vier Jahre lang Abgrenzung nach links predigt, braucht sich über diese Pleite nicht zu wundern.

Da war es ein Leichtes für Merkel und Co., die Gegner auflaufen zu lassen wie einst der berühmte Catenaccio, der Abwehrriegel der italienischen Fußballer. Merkel musste am Ende vor dem Aufstieg der Alternative für Deutschland und dem Fall der FDP mehr Angst haben als vor Rot-Grün. SPD und Grüne stimmten in den letzten Jahren in wesentlichen Fragen von Krise, Krieg und Frieden immer wieder der Bundesregierung zu. So wird Opposition keine Gegenkraft zur Regierung, sondern nur eine Variante der Regierung.

Unten links

Im Wein soll angeblich Wahrheit liegen. Doch je genauer, besser gesagt: tiefer man ins Glas schaut, um dort fündig zu werden, desto verschwommener erscheint sie. Nun ist allerdings auch wahr, dass Hundertjährige gern den Traubensaft bemühen, wenn eine Erklärung für ihr hohes Alter fällig ist. Oder es zum Kanon der medizinischen Alltagsweisheiten (nicht Wahrheiten!) gehört, ein schmackhafter Roter sei – wenn schon nicht gut für die Allgemeinheit – so doch wenigstens für die Bildung des Blutes. Stimmt aber nicht. Nun, wen das grämt, der kann seinen Ärger ja mit einem Wein herunterspülen – und auf dem Grunde des Glases nach einer anderen Wahrheit suchen. Apropos: Es soll wahr sein, dass die Weinlese 2013 nur durchschnittlich wird. Jedenfalls behaupten das die Winzer, denen es dabei so gehen mag wie den Bauern mit der Ernte – gut geklagt ist halb gewonnen. Tatsächlich verhält es sich wohl so wie mit den Wahlergebnissen: Es liegt die ganze Wahrheit am Ende dann doch nicht drin. *tos*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Merkel hängt alle ab

Verluste links, Gewinne rechts: Durchmarsch für die Union / SPD bleibt im Tief
Linkspartei wohl drittstärkste Kraft / FDP fliegt raus / AfD-Ergebnis schreckt auf



Die erste Frau im Kanzleramt wird dort wohl auch vier weitere Jahre bleiben.

Fotos: dpa/Jens Büttner

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union sind die großen Siegerinnen der Bundestagswahl, beide können weiterregieren – vermutlich sogar alleine. Denn die FDP fliegt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik aus dem Bundestag, nach einigen Hochrechnungen bis Redaktionsschluss reichte es für die Union zur absoluten Mehrheit.

Berlin (Agenturen/nd). Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ das Programm, mit dem die CDU den Wahlkampf bestritt – und die Mehrheit der Wähler und Wählerinnen hat sich damit offenbar zufrieden gegeben und ihr Kreuz bei den Christdemokraten gemacht. Laut Hochrechnungen konnte die Union auf die absolute Mehrheit der Mandate hoffen. Sie erzielte laut Hochrechnungen gegen 19.30 Uhr 42,5 Prozent der Stimmen. Damit hätten CDU/CSU laut ARD in einem Vier-Parteien-Parlament einen Sitz mehr als die erforderliche absolute Mehrheit. Das ZDF sah dagegen um 19.47 Uhr ein Patt zwischen den Sitzen der Union und denen von SPD, LINKEN und Grünen zusammen.

Ein zweiter Paukenschlag ist das Ergebnis der Liberalen, des bisherigen Koalitionspartners der Union: Die FDP scheidet mit 4,6 Prozent aus dem Bundestag aus. Bis zum Redaktionsschluss war unklar, ob die rechte Alternative für Deutschland (AfD) in letzter Sekunde noch den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffte, sie lag lange Zeit bei 4,9 Prozent. Ein Einzug hätte die absolute Mehrheit der Union wieder zunichte gemacht. Auf Bundesebene erreichte die absolute Mehrheit bisher nur die Union aus CDU und CSU. 1957 stimmten 50,2 Prozent der Wähler für die Partei von Bundeskanzler Konrad Adenauer, der aber dennoch eine Koalition mit der damaligen Deutschen Partei (DP) bildete. Allein regierte die Union nur von Juli 1960 bis November 1961 nach dem Übertritt der meisten DP-Abgeordneten zu ihr.

Etwas gewonnen und doch verloren hat die SPD. Nach Hochrechnung von ARD und ZDF kam sie nicht über 25,6 bis 25,9 Prozent und damit nur gering über das historische Tief bei der Wahl vor vier Jahren hinaus. Die Grünen kommen auf 8,0 Prozent. Die LINKE erreicht 8,0 bis 8,4 Prozent. Die Piraten scheitern mit 2,3 Prozent deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die CDU ist auch in Ostdeutschland der klare Gewinner der Bundestagswahl. Nach einer Hochrechnung des MDR für Ostdeutschland kommt die Union auf 38,3 Prozent und schneidet damit etwas schlechter ab als im Westen. Die LINKE gewinnt 20,7 Prozent der Stimmen, die SPD landet bei 18,9 Prozent. Die Grünen sieht die Hochrechnung bei 6,3 Prozent.

Merkel sprach unter dem Jubel ihrer Anhänger von einem »Superergebnis« und versicherte: »Wir werden damit verantwortungsvoll und sorgsam umgehen.« Unionsfraktionschef Volker Kauder sagte in der ARD: »Wir haben einen klaren Auftrag der Wähler, die Regierung zu bilden.«

Nach der historischen Niederlage kündigte FDP-Parteichef Philipp Rösler politische Konsequenzen an. »Das ist die bitterste, die traurigste Stunde in der Geschichte dieser Freien Demokratischen Partei.« Es sei ihm trotz einiger Erfolge bei Landtagswahlen nicht gelungen, einen Aufbruch auch für die Bundestagswahl zu erzeugen. »Deshalb werde ich persönlich natürlich auch politisch dafür die notwendige Verantwortung übernehmen.« Auch FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle zeigte sich vor enttäuschten FDP-Anhängern betroffen über »das schlechteste Ergebnis, das wir je erreicht haben«.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel haben die Gewinne der SPD begrüßt, beide räumten am Sonntagabend in der SPD-Parteizentrale zugleich ein, dass die SPD ihr Wahlziel verfehlt hat, die Führung der nächsten Bundesregierung zu übernehmen. »Wir haben nicht das Ergebnis erzielt, das wir wollten«, so Steinbrück.

Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin räumte die Niederlage der Grünen ein. »Wir hatten zwei Ziele.« Schwarz-Gelb sollte Rot-Grün weichen – und zwar mit gestärkten Grünen. »Beide dieser Ziele haben wir nicht erreicht, das ist bitter, und wir werden uns dieser bitteren Realität gemeinsam stellen müssen«, sagte Trittin.

Der Fraktionschef der LINKEN, Gregor Gysi, bewertete das Ergebnis seiner Partei positiv: »Wer hätte das 1990 gedacht, dass diese Partei die drittstärkste Kraft der BRD wird?«, sagte Gysi. Er räumte aber auch ein, dass die Zielmarke eines zweistelligen Ergebnisses verfehlt wurde. Gysis Stellvertreter in der Bundestagsfraktion, Dietmar Bartsch, sagte, die Partei sei dennoch nicht enttäuscht. Er kündigte an, die LINKE werde als drittstärkste Kraft »die Oppositionsführerschaft übernehmen«.

Seiten 2 und 3

Schwarz-Gelb in Hessen abgewählt

Linkspartei erneut im Landtag

Berlin (Agenturen/nd). Laut zweiter Hochrechnung des Hessischen Rundfunks wurde die schwarz-gelbe Regierung in Hessen bei der Landtagswahl am Sonntag abgewählt. Zwar setzte sich die CDU von Ministerpräsident Volker Bouffier demnach als stärkste Partei durch und erhielt 39,3 Prozent der Stimmen. Ihr Koalitionspartner FDP verpasste aber mit 4,8 Prozent den Einzug in den Landtag. Die SPD von Bouffier-Herausforderer Thorsten Schäfer-Gümbel erreichte 31,1 Prozent. Die Grünen kamen auf 10,4 Prozent, die LINKE auf 5,8 Prozent. Sie kann damit erneut – zum dritten Mal in Folge – in den Landtag einziehen. Die eurokritische »Alternative für Deutschland« (AfD) kommt in Hessen auf 4,1 Prozent.

Damit zeichnen sich in Wiesbaden schwierige Koalitionsverhandlungen ab, denn Rot-Rot-Grün wird dort nun zwar möglich, ist aber wenig wahrscheinlich. SPD-Landeschef Schäfer-Gümbel schließt formal zwar keine Koalition an, sieht aber zugleich keine Basis für ein Bündnis mit der Linkspartei. Ministerpräsident Bouffier wiederum schloss wenige Tage vor der Wahl eine Koalition mit der AfD definitiv aus. Bei der letzten hessischen Landtagswahl im Jahr 2009 hatte die CDU 37,2 Prozent erreicht, die FDP 16,2. Die SPD kam auf 23,7 Prozent, die Grünen 13,5. Die LINKE erzielte 5,4 Prozent. Die AfD war vor vier Jahren noch nicht gegründet.

Am Abend erklärte Bouffier, er wolle auch künftig regieren. »Wir sind klar die stärkste Partei in Hessen«, sagte der Regierungschef. Die CDU wolle das Land auch in Zukunft politisch führen. Mit Blick auf die schwierige Regierungsbildung 2008 sagte Bouffier, das Land könne sich keine »hessischen Verhältnisse« leisten und brauche eine »starke Regierung«. Schäfer-Gümbel erklärte, die SPD sei nach einer schweren Zeit »zurück auf der politischen Bühne«. Zugleich meldete er Anspruch der SPD an einer Beteiligung an der künftigen Regierung an: »Wir wollen auch gestalten und nicht zuschauen.« FDP-Landeschef Jörg-Uwe Hahn sprach von einem »sehr bitteren Abend für die FDP sowohl in Hessen als auch im Bund«.

KURZ

Flüchtlinge in Seenot

Rom (AFP). Die italienische Küstenwache hat vor der Küste Siziliens ein Flüchtlingsschiff mit über 300 Menschen an Bord aus Seenot gerettet. Für eine junge Syrerin kam die Rettung zu spät: Die 22-jährige Diabetikerin erkrankte während der Überfahrt schwer und starb. *Seite 7*

Labour-Parteitag in Brighton

London (dpa). Die oppositionelle britische Labour-Partei hat im Seebad Brighton ihren diesjährigen Parteitag eröffnet. Parteichef Ed Miliband versprach zum Auftakt am Sonntag, die »Krise bei den Lebenshaltungskosten« zu beenden.

Baumaterial für Gaza

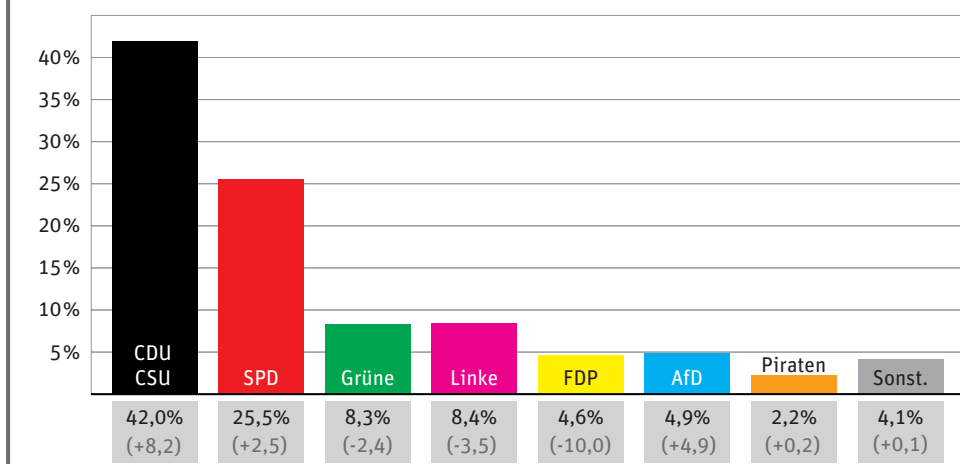
Gaza (dpa). Israel hat erstmals seit sechs Jahren wieder die Einfuhr von Baumaterial für private Baustellen in den Gazastreifen erlaubt. Am Sonntag überquerten 90 Lastwagen mit Ladungen von Zement, Kies und Eisen den Warenübergang Kerem Schalom.

Walter Wallmann gestorben

Wiesbaden (dpa). Der frühere hessische CDU-Ministerpräsident Walter Wallmann ist tot. Er starb kurz vor seinem 81. Geburtstag, wie seine Familie der Nachrichtenagentur dpa am Sonntag bestätigte. Wallmann war zuletzt schwer krank und hatte sich schon seit längerem aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Wallmann hatte von 1987 bis 1991 als erster hessischer CDU-Ministerpräsident in einer Koalition mit der FDP regiert.

Bundestagswahl 2013

Hochrechnung



Quelle: ARD (22. September 2013, 19:35 Uhr)

Grafik: nd